

Beitritt Bonns zum Moskauer Abkommen über das teilweise Verbot von Atomtests ist Beweis genug dafür.

Gerade das, Aktionen, fürchten und hassen die 9000 Millionäre und ihre „freien“ Abgeordneten. Deshalb sind diejenigen, die für Freiheit von Atomwaffen, für Freiheit von Krieg und Not und Tod, für Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung und Mietwucher, von faschistischem Terror und Völkerhaß, die für die wahre Freiheit der menschlichen Gesellschaft ihr Leben einsetzen und einsetzen, verboten, illegal, verfolgt, bedroht an Freiheit und Leben! Weil in diesem Staat der arbeitende Mensch und seine Lebensinteressen nicht Mittelpunkt der Staatspolitik sind.

### III.

Die Politik unseres Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, wird bestimmt von den Interessen der Millionen Arbeiter und Genossenschaftsbauern, der Werktätigen des ganzen Landes. Denn die Produktionsmittel sind in den Händen des Volkes, und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist ein für allemal beseitigt. Millionäre und Itzenplitze sind durch Volkes Kraft abgeschafft, verjagt.

In aller Werktätigen Interesse ist die Politik des Friedens.

Als sechster Staat Unterzeichnete die Regierung der DDR das Moskauer Abkommen über das teilweise Verbot von Atomtests. Die DDR unterstützte und unterstützt den Vorschlag über allgemeine und vollständige Abrüstung in der Welt und in Deutschland; sie ist für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes; sie ist für atomwaffenfreie Zonen.

Im Interesse aller Werktätigen ist die Politik der Entspannung.

Dreistellig ist die Zahl der Verhandlungsvorschläge unserer Republik an die westdeutsche Regierung. Von der Tribüne des VI. Parteitages erging der Vorschlag zu einem Abkommen der Vernunft und des guten Willens; der Vorschlag zu gemeinsamen Kommissionen beider deutscher Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin, um die Zusammenarbeit im Geiste der Sicherung des Friedens in Deutschland und der Herstellung normaler Beziehungen zu beginnen, datiert vom Juli, und in Leipzig wiederholte und präzierte Genosse Ulbricht diesen Vorschlag vor 3500 Wählervertretern.

Im Interesse der Werktätigen ist die Politik des Aufbaus des Sozialismus.

Sie allein verheißt Frieden für alle Menschen, Entspannung; sie allein verheißt steigenden Wohlstand und dauerhaftes Glück der ganzen sozialistischen Gesellschaft und jedes einzelnen. „Unser vom VI. Parteitag beschlossenes Programm des Sozialismus ist . . . die reale Perspektive unseres Volkes. Sie stimmt überein mit den Erfahrungen unserer Bürger. Und sie entspricht ganz überwiegend auch ihren persönlichen Zielen“, rief Walter Ulbricht in Leipzig den Wählervertretern zu.

Das steht im Mittelpunkt der Politik unserer Partei, unseres Staates: der arbeitende Mensch, sein Wohlergehen, sein Frieden, der den Frieden in der Welt voraussetzt. Und dies ist tief eingedrungen in das Bewußtsein der 12 Millionen Wähler, der jungen, die zum ersten Mal zur Urne schreiten, und der älteren, die viele Wahlkämpfe erlebt haben. Wahlkämpfe, da es noch keine Arbeiter-und-Bauern-Macht gab und da der arbeitende Mensch nur Spielball im Interesse der Herrschenden und dazu da war, diesen die Taschen zu füllen.

Nicht Spielball mehr, Mittelpunkt der Politik der Partei und Regierung, Träger der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist der arbeitende Mensch in der Deutschen Demokratischen Republik. Das wählt er am 20. Oktober 1963, W—1.